

USA

CHARLOTTE JUNIUS

(PRAKTIKANTIN)

Januar 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

Passing the Baton:

Podiumsdiskussion des United States Institute of Peace zum Thema „Aussenpolitische Herausforderungen und Chancen für die neue Administration“ vom 08. Januar 2009

Führende Persönlichkeiten der Außenpolitik, Experten und Wissenschaftler kamen auf dieser eintägigen Konferenz zusammen, um kritisch die Herausforderungen und Chancen der zukünftigen Obama-Administration in der Außenpolitik zu analysieren. Experten gaben Empfehlungen ab über internationale Themen, wie den arabisch-israelischen Konflikt, die Richtung der Außenpolitik in Afghanistan und Politiker diskutierten über die Gefahr und Konsequenzen von Nuklearwaffen und andere Sicherheitsfragen.

Today's world, tomorrow's challenges

Die politische Lage nach dem Anschlag von 9/11 hat sich stark geändert. Krisengebiete, wie Darfur und Congo, religiöser Extremismus und auch die finanzielle Belastung stellen eine große Herausforderung für die USA dar, bieten gleichzeitig aber auch neue Möglichkeiten, die Führung in der Außenpolitik zu übernehmen. **Henrietta H. Fore**, Leiterin der US Agency for International Development, sprach im Auftrag von Condoleezza Rice, die leider nicht anwesend sein konnte. Fore betonte, dass vor allem der Konflikt im Gazastreifen Aufmerksamkeit benötige. Sie fügte hinzu, dass auch wenn die wirtschaftliche Lage dies nur begrenzt zuließe, müssten die USA ihr Engagement deutlich machen. Damit internationale Entwicklungsstrategien erfolgreich seien, müsste man mehr Verantwortung übernehmen, die Zahl des für Entwicklungsfragen zuständigen Personals erhöhen und Partnerschaften im privaten Sektor verbessern. Als letzten Punkt betonte sie bedeutende Fortschritte der Bush-Administration in der Außenpolitik. Irak sei jetzt ein Freund der USA und hätte einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten, so Fore. Sie fügte hinzu, dass syrische Truppen nicht mehr im Libanon anwesend seien, dass es eine demokratisch gewählte Regierung in Afghanistan gebe, dass die USA vorher nicht existierende bilaterale Beziehungen aufgebaut hätten und dass man weiter versuchen würde durch Sechs-Parteien-Gespräche Nordkorea vom Atomkurs abzubringen.

Proliferation und nuklearer Terrorismus

William J. Perry, ehemaliger Sicherheitsexperte und Verteidigungsminister unter Präsident Bill Clinton erläuterte, dass der „tipping point“ von nuklearer Ausbreitung erreicht sei, und dies ein Wettrennen zwischen Katastrophe und Kooperation darstelle.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

CHARLOTTE JUNIUS

(PRAKTIKANTIN)

Januar 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

Die USA müsse wieder die Leitung in der Außenpolitik übernehmen, um andere Länder in die richtige Richtung zu führen, erklärte Perry weiter. Er ergänzte, dass solange Nuklearwaffen existieren, es wichtig sei, eine Abschreckungsfunktion für andere Länder beizubehalten. Er bedauerte die nachlassende Anzahl der Experten auf dem Gebiet der Nuklearstrategien und im technischen Bereich. Zu Perrys Strategien die Welt sicherer zu machen gehörten

- die „schlafende“ Welt aufzuwecken und vor Gefahren zu warnen
- mit Russland Gespräche über die Reduzierung von Nuklearwaffen zu führen
- gemeinsam mit dem Senat das Atomteststoppabkommen zu ratifizieren
- ständige Überprüfungen von solchen Abkommen durchzuführen
- und den Atomwaffensperrvertrag gemeinsam mit der Internationalen Atomenergiebehörde zu stärken

Perry betonte weiter, dass man allerdings auch nicht Iran und Nord Korea unterschätzen dürfe. Obama müsse eine mögliche Irankrise noch in diesem Jahr auf multilateralem, diplomatischem Wege versuchen zu verhindern, oder Israel könnte unilateral gegen Iran aktiv werden.

Daniel B. Poneman, Abteilungsleiter des US-Sicherheitsrats für Proliferationsfragen stimmte mit Perry überein, dass Iran und Russland eine Bedrohung darstellen. Das wachsende autoritäre Verhalten Russlands und die aggressiven Verhaltensweisen außerhalb Russlands, die mit dem Einmarsch in Georgien und der Debatte über das Raketenabwehrsystems unterstrichen wurden, würden eine weitere Herausforderung für die neue Administration darstellen. **Wendy R. Sherman**, ehemalige Beraterin für das Aussenministerium fügte hinzu, dass das STAR-Abkommen dieses Jahr auslaufe und die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT Review Conference) 2010 Türen für neue Gespräche öffnen könnten. Man müsste die Internationale Atomenergiebehörde stärken, Initiativen für die Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen unterstützen und sich für den Kampf des Nuklearterrorismus aussprechen.

Man einigte sich, dass eine Abschreckung gegenüber Gegnern wichtig sei, aber man auch das Vertrauen der Alliierten durch die Modernisierung des nuklearen Waffensystems gewinnen könne. Der Atomteststop-Vertrag hätte grosse Erfolge gezeigt, aber das Ratifizieren des Abkommens wäre ebenso wichtig für den technischen, als auch den politischen Aspekt, meinten die Experten weiter.

Völkermordsprävention

Madeleine K. Albright betonte zum Thema Völkermord, dass Regierungen und Länder, vor allem die USA aktiver handeln müssen, um Völkermorde zu stoppen. Man müsse vor allem Organisationen wie die Afrikanische Union bevollmächtigen und Sicherheitsagenturen unterstützen, welchen es an Kapazität mangeln würde. Regionale Partnerschaften müssen gestärkt und effektiver gemacht werden durch die Organisation von Trainingslagern und Seminaren, so Albright. Albright

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

CHARLOTTE JUNIUS

(PRAKTIKANTIN)

Januar 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

verdeutlichte, dass kommunale und regionale Initiativen, anstelle von internationalem Druck, effektiver sein werden. Albright und **General Anthony C. Zinni**, ehemaliger Oberbefehlshaber des US-Zentralkommandos, diskutierten über vier Notwendigkeiten, Völkermorde zu verhindern. Albright nannte als erstes die amerikanische Führung, die auf diesem Gebiet essentiell sei, finanzielle Mittel für gezielte Präventionsbemühungen, effektive Vorbereitung um auch flexibel militärische Optionen offenzuhalten und die Integration von Krisenprävention in die nationale Sicherheit.

The way forward in Afghanistan

In Afghanistan sollte man nicht die Rolle eines Auswechselfpielers einnehmen, sondern die eines Partners, erklärte **Dr. Ashraf Ghani**, Berater für den UN-Generalsekretär und Vorsitzender für das „Institute for State Effectiveness“. Das Problem des Drogenhandels und der Betäubungsmittelproduktion, sowie die Investierung in die Infrastruktur des Landes müsse man gemeinsam auf nationaler und internationaler Ebene lösen. **General David H. Petraeus**, Oberkommandierender der US-Streitkräfte im Irak, betonte das Problem der Korruption und stimmte zu, dass ein koordinierter Einsatz und eine regionale Annäherung nötig seien. Die Herausforderungen würden auch bei der Bevölkerung liegen, und es sei wichtig seine Position als Partner und nicht als Besatzer zu demonstrieren, fügte Petraeus hinzu. **Francesc Vendrell**, der EU-Sonderbeauftragte für Afghanistan erklärte, dass für die afghanische Bevölkerung Nahrungssicherung am wichtigsten sei und die westliche Welt als Aussenstehender betrachtet wird. Anstelle von Individuen müsse man reformistische Parteien und Wahlprogramme unterstützen, um glaubhafte und zuverlässige Wahlen zu versichern. Er erwähnte zudem, dass Subventionen für Bauern einen großen Fortschritt machen können, um die Landwirtschaft anzukurbeln. **Tom Perriello**, unabhängiger Berater für die nationale Sicherheit betonte, dass internationale Truppen die Korruption bekämpfen müssen, damit diese nicht eine weitere Bedrohung für die Bevölkerung darstelle und keinen Einfluss auf die Regierung mehr ausüben könne. Die effektivste Waffe sei Legitimität und durch eine Stabilisierung im Land könne man auch Vertrauen gewinnen, meinte Perriello weiter.

Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan

Dr. Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter erläuterte, dass ein amerikanisch-iranischer Krieg sehr möglich sei. Dies würde heißen, dass die USA in einem militärischen Konflikt mit vier Ländern eingebunden werden. Ernsthaftige Gespräche zwischen Iraks Nachbarstaaten Iran, Türkei, Syrien und Jordanien müssen stattfinden, um dann durch regionale Abkommen ein Abkommen auf internationaler Ebene zu erreichen. Es sei ein Fehler, schon im voraus Sanktionen zu verhängen, da weitere diplomatische Gespräche dadurch gehindert werden können, so Brzezinski. Gespräche mit Iran müssen vor einem amerikanischen Rückzug aus Irak stattfinden. Man einigte sich darauf, dass ein Frieden in Afghanistan ohne die Kooperation mit Pakistan unmöglich sei.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

CHARLOTTE JUNIUS
(PRAKTIKANTIN)

Januar 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

Im Falle Iraks sei ein Abkommen wichtig, welches die Interessen Iraks und der USA deutlich macht und die Details eines militärischen Abbaus enthalten müsse. In Afghanistan seien mehrere Fehler gemacht worden, diskutierten die Experten. Man hätte sich zu sehr auf Irak konzentriert und alle Ressourcen aufgebraucht.

Internationale Kooperation

Experten konzentrierten sich bei dieser Diskussion über internationale Kooperation besonders auf die Vereinten Nationen.

Dr. Robert C. Orr, Assistant Secretary-General for Strategic Planning and Policy Coordination betonte, es wäre grundlegend, dass man gerade auf dem Gebiet Menschenrechte mehr Fortschritte machen müsse, um auch den amerikanischen Ruf auf internationaler Ebene wiederherzustellen.

Die internationale Kooperation benötige nicht nur formelle Institutionen, sondern auch die aktive Teilnahme von informellen Netzwerken und nichtstaatlichen Akteuren. Dr. Orr empfahl die Ratifizierung des CTBT-Abkommens (Comprehensive Test Ban Treaty), welches das Ansehen der USA in der internationalen Arena verbessern könne. **Richard L. Armitage**, ehemaliger Außenpoliticsberater von Präsident Ronald Reagan, betonte, dass die neue Administration sich sofort auf Veränderungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und auf die Schliessung des US-Gefangenenlagers Guantanamo konzentrieren müsse.

Arab-Israeli Peacemaking

David Makovsky, Nahost-Experte im Think Tank "Washington Institute for Near East Policy", erklärte, dass man als allererstes die Grenzen zu Ägypten sichern müsse. Zu viele Waffen werden von Ägypten nach Gaza geschmuggelt, und wenn man das nicht unter Kontrolle bekäme, könne Israel auch in die Stadt Rafah einziehen. **Dr. Ziad Asali**, Gründer und Präsident der „American Task Force on Palestine“ nannte die interne politische Dynamik in den palästinensischen Gebieten und erklärte, dass die aktuelle Lage im Gazastreifen noch mehr Spannungen in diesen geographisch und ideologischen Gebieten, verursachen könne. Wenn es einen Waffenstillstand geben solle, könne dies dramatische Folgen für Fatah und Hamas haben. Zum Beispiel könne die palästinensische Bevölkerung es als eine Art Abfindung werten, wenn Israel mit einem Waffenstillstand entgegenkommt. Dies hätte zweifellos negative Folgen für mögliche Aussichten auf Frieden.

Daniel C. Kurtzer, ehemaliger US-Botschafter für Israel und Ägypten, betonte, dass es schwierig sei, gemeinsame Interessen zwischen beiden Parteien zu finden, aber wenn man Interessen identifizieren könne, könne die neue Administration dies als Basis für einen Friedensprozess nutzen. Makovsky hielt sich optimistisch, dass Syrien und Israel offen für gemeinsame Gespräche seien. Frieden könnte einen neuen Anfang für Syrien bedeuten, da das Regime sich immer weiter regional isolieren

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

CHARLOTTE JUNIUS

(PRAKTIKANTIN)

Januar 2009

würde. Man einigte sich darauf, dass die von den Medien präsentierte Dämonisierung auf beiden Seiten des Konflikts einen möglichen Friedensprozeß stark behindern werde. Als letztes wurde betont, dass man sich im Falle des arabisch-israelischen Konflikts auf „peace resolution“ und nicht auf „peace management“ konzentrieren solle.

<http://www.usip.org/baton2009/extras/summary-full.pdf>

www.kas.de

www.kasusa.org